Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “Mehr” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Debatte um Annullierung von Staatsschulden
2. Was man für Geld nicht kaufen kann
3. Gallois-Reformplan – Schocktherapie für Frankreichs sieche Wirtschaft
4. Ökonomen streiten über Verteilungsfrage
5. ESM finanziert zuerst die starken Euroländer
6. Mark Thoma – Hurricane Sandy’s Lesson on Preserving Capitalism
7. Inequality: The silly tales economists like to tell
8. Zeitarbeit enttäuscht Hoffnung auf feste Jobs
9. Marktgesetze in der Medizin – “Ein großer Irrtum”
10. Homeless families to be expelled from London by councils
11. Jugendgewalt – Zu schrecklich, um wahr zu sein
12. Das andere Amerika – Querulanten, Quertreiber und Dissidenten
13. Koalitionsgipfel
14. Die versteckten Kosten des Privatfernsehens
15. Chodorkowski und der russische Kapitalismus

***Vorbemerkung:*** *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Debatte um Annullierung von Staatsschulden**
   Die öffentliche Schuld der entwickelten Länder beträgt über 110% ihres Bruttoinlandprodukts (BIP). Die Summe der von den Zentralbanken im Rahmen der quantitativen Lockerung vom Privatsektor aufgekauften Staatsschulden ist nicht unerheblich. Die Bank von England hat rund einen Viertel aller ausstehenden Gilts auf ihren Büchern (375 Mrd. £), bei der US-Notenbank liegen gegen 10% aller Treasuries, und die japanische Notenbank erhöht den Kauf von Anlagen, zumeist Staatsanleihen, auf 91 Bio. Yen bzw. rund 20% des BIP. Kernpunkt der Argumente im Markt ist, dass die bei der quantitativen Lockerung von den Notenbanken erworbenen Staatsanleihen problemlos annulliert werden können, da es sich um Transaktionen innerhalb des öffentlichen Sektors handle, die sich gegenseitig aufheben: Die Schuld der Regierung einerseits ist die Forderung der Notenbank anderseits, und beide Posten heben sich

gegenseitig auf. Es ergibt auch keinen Sinn, wie Jim Leaviss, Leiter des Kapitalmarktteams des Vermögensverwalters M&G Investments, am Beispiel Grossbritanniens betont, wenn das Schatzamt Zinsen für Staatspapiere an die Bank von England zahlt, die diese mit neuem Geld erworben hat. Ein «Netting» der Staatstitel würde die britische Staatsschuld von 63% des BIP auf 41% senken und den Zinsaufwand von über 50 Mrd. £ auf 32 Mrd. £ senken, rechnete Leaviss kürzlich vor. Am ehesten ergäbe die Annullierung bei der Bank von Japan Sinn, meint Kit Juckes von der Société Générale, da nicht nur der sehr hohe Verschuldungsgrad des Landes reduziert werden könnte, sondern auch zwei gegenwärtig eher erwünschte Effekte einträten: etwas Inflation statt Deflation und ein Druck auf den hohen Wechselkurs. Genau die Effekte einer höheren Inflation und einer Schwächung der Währung – die noch um den drohenden Vertrauensverlust zu ergänzen wären – führen Kritiker einer Annullierung der von Notenbanken erworbenen Staatstitel an.
Quelle: NZZ

***Anmerkung JB:*** *Es ist wichtig, dass diese Debatte endlich ernsthaft geführt wird. Es gibt weniger Argumente gegen und sehr viele und gute Argumente für eine Annullierung der Staatsanleihen, die von den jeweiligen Notenbanken gehalten werden. Schlussendlich dürfte dies auch in der Eurozone der einzige Ausweg aus dem griechischen Schuldendilemma sein. Symptomatisch ist auch bei dieser Debatte, dass sie in den USA, in Großbritannien und in Japan aber nicht in der Eurozone geführt wird. In Kontinentaleuropa ist man noch nicht so weit und vor allem in Deutschland ist jegliche Diskussion über eine modernere Zentralbankpolitik vermintes Terrain. Hier gibt es zweifelsohne nicht nur Nachhol-, sondern vor allem Informationsbedarf – und zwar nicht nur für die Allgemeinheit, sondern vor allem für Ökonomen und Finanzpolitiker selbst.*

*Siehe dazu auch auf den NachDenkSeiten: Häufig gestellte Fragen: Muss der Steuerzahler für Verluste der Zentralbanken haften?*

2. **Was man für Geld nicht kaufen kann**
   Plädoyer des Moralphilosophen Michael Sandel gegen Kommerzialisierung aller Lebensbereiche
   Harvard University. Man sieht es Michael Sandel nicht unbedingt an. Aber: Dieser Prof ist ein Superstar und füllt mit seinen Vorlesungen ganze Stadien. Auf seine Frage: "Sind Sie bereit für eine Debatte mit mir?" erntet er Jubel aus den Reihen der Studierenden. Sandel fesselt die Massen mit Philosophie – live und in Onlinekursen. Mit Fragen wie "Finden Sie, man sollte ein Adoptivkind ersteigern dürfen?" bringt Sandel das Weltbild seiner Zuhörer ins Wanken. Sein aktuellstes Thema sind die

moralischen Grenzen des Marktes.
Quelle: ttt

3. **Gallois-Reformplan – Schocktherapie für Frankreichs sieche Wirtschaft**
Niedrige Lohnkosten, höhere Mehrwertsteuer, weniger Bürokratie: Ein Berater von Präsident Hollande empfiehlt Frankreich eine Radikalkur, die den deutschen Hartz-Gesetzen ähnelt. Doch der Staatschef selbst konterkariert das Konzept – dabei hat die Grande Nation Reformen dringend nötig.
Quelle: SPIEGEL Online

***Anmerkung unseres Lesers J.A.:*** *Absatzflauten mit Lohnkürzungen und Sozialabbau bekämpfen – das grandiose Rezept hat schon die deutsche Wirtschaft ruiniert. Leider bin ich nicht so optimistisch zu glauben, daß das Konzept "keine Chance" hat.*

***Anmerkung unseres Lesers A.B.:*** *Die Gralshüter der Agenda 2010 können es nicht lassen:*
Zitat:

> *„Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder verknüpfte sein politisches Schicksal mit den Reformen und setzte den Großteil der Hartz-Vorschläge in Form der Agenda 2010 gegen massiven Widerstand vor allem aus den eigenen Reihen durch. Heute gilt seine Reformpolitik als Hauptgrund für die wirtschaftliche Stärke Deutschlands."*

*Kein Wort zu dem damit verbundenen sozialen Niedergang, Lohndrückerei, prekäre Beschäftigung etc. Kein Wort dazu, dass sich Deutschland nicht an das vereinbarte Inflationsziel gehalten und allein dadurch schon einen enormen Wettbewerbsvorteil auf Kosten der anderen Euroländer verschafft hat.*
*Kein Wort dazu, dass dieses Verhalten massiv zu den wirtschaftlichen Problemen unserer Nachbarn beiträgt.*

**passend dazu: Risiko ~~Frankreich~~ Deutschland**
Die Spannungen zwischen Berlin und Paris werden immer heftiger. Kurz nachdem Ex-Kanzler Schröder den französischen Präsidenten Hollande vor angeblichen Marktrisiken warnte, erklärte die "Bild"-Zeitung Frankreich zum Pleitekandidaten. "Wird Frankreich zum nächsten Griechenland?" hieß die infame Zeile, die der konservative "Figaro" willig aufgriff. Dabei liegen die wahren Risiken ganz woanders. Seit 1994 verfolge ich die deutsch-französischen Beziehungen, zuerst aus Paris, seit

2004 aus Brüssel. Doch so eine einseitige und polemische Kampagne gegen Paris wie jetzt habe ich noch nie erlebt. Erst forderten die französischen Arbeitgeber die neue sozialistische Regierung ultimativ auf, die Sozialbeiträge zu senken – natürlich mit dem obligatorischen Verweis auf Schröders Agenda 2010. Dann meldete sich der Ex-Kanzler selbst zu Wort (charmanterweise aus Berlin) und behauptete, Frankreich sei genauso ein Krisenkandidat wie Italien oder Spanien.
Quelle: Lost in EUrope

4. **Ökonomen streiten über Verteilungsfrage**
   Die Einkommensungleichheit destabilisiert die Volkswirtschaften, sind immer mehr Ökonomen überzeugt. Viele von ihnen sehen in der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich auch die Ursache für die weltweite Finanzkrise.
   Inzwischen aber findet in der ökonomischen Zunft ein Umdenken statt – immer mehr Volkswirte nehmen auch Verteilungsfragen wieder ernst, wie eine Konferenz des "Forschungsnetzwerks Makroökonomie" zeigt, die in der vergangenen Woche in Berlin stattfand. Auf Einladung der Hans-Böckler-Stiftung diskutierten mehr als 300 Volkswirte über die Zukunft der makroökonomischen Forschung.
   Quelle: Handelsblatt
5. **ESM finanziert zuerst die starken Euroländer**
   Der permanente Euro-Rettungsschirm ESM verwendet die ersten Mittel von den Mitgliedsländern nicht um den Euro-Problemländern zu helfen, sondern dafür, niedrigverzinste Anleihen starker Euroländer zu kaufen, bestätigte ESM-Chef Klaus Regling in Wien.
   Quelle: derStandard.at

   ***Anmerkung JB:*** *Es ist schon paradox. Die Gelder für den ESM stammen ja schließlich nicht nur aus Deutschland, den Niederlanden und Österreich. Nun zahlen also Griechenland, Spanien, Portugal, Italien und Irland Geld in den ESM, um damit u.a. deutsche Staatsanleihen zu kaufen. Das ist Eurorettung ad absurdum. Und was passiert, wenn der ESM die „freien Mittel" benötigt, um seiner eigentlichen Funktion nachzukommen? Dann müssen die AAA-Anleihen (u.U. auf einen Schlag) verkauft werden, was bei einem Volumen von 32 Mrd. Euro selbstverständlich die Kurse massiv drücken und somit die Zinsen steigen lassen wird. Spekulanten wie Pimco und Co. werden sich jetzt schon die Hände reiben und Herrn Regling für seine Steilvorlage für Spekulationsgewinne zu Lasten der öffentlichen Haushalte danken.*

6. **Mark Thoma – Hurricane Sandy's Lesson on Preserving Capitalism**
   With long gas lines and other shortages putting people on edge in the wake of Hurricane Sandy, the usual post-disaster debate over the economics and ethics of

price-gouging is underway. However, while the question of whether it is okay, even desirable, for businesses to raise prices after natural disasters is certainly important, there are larger lessons that can be drawn from this debate.
Economists do not like the term “price-gouging.” They believe that price increases are the best way to allocate scarce goods and services after a natural disaster and, importantly, to encourage additional supply. When people can make a large profit by supplying goods and services to a market, they will work extraordinarily hard to meet the demand.
But if there is such an advantage to allowing the price system to work after an event like Hurricane Sandy, why did producers often choose to stick with pre-disaster prices? Why would they leave profits on the table by maintaining pre-disaster prices and allocating goods through other mechanisms such as first-come, first-serve until supplies run out? One answer is that price-gouging after a natural disaster is illegal in many places. But this just begs the question. Why do so many places choose to prohibit large price increases in response to disaster induced shortages?
Quelle: The Fiscal Times

7. **Inequality: The silly tales economists like to tell**
Some economists don’t get paid to know about the economy, but to justify the trickle-up of wealth.
There is no serious dispute that the United States has seen a massive increase in inequality over the last three decades. However there is a major dispute over the causes of this rise in inequality.
The explanation most popular in elite and policy circles is that the rise in inequality was simply the natural working of the economy. Their story is that the explosion of information technology and globalisation have increased demand for highly-skilled workers while sharply reducing the demand for less-educated workers.
While the first part of this story is at best questionable, the second part should invite ridicule and derision. It doesn’t pass the laugh test.
Quelle: Real World Economics Review
8. **Zeitarbeit enttäuscht Hoffnung auf feste Jobs**
Eine neue Studie des RWI zeigt: Leiharbeit ist nicht zwangsläufig eine Brücke in den Arbeitsmarkt. Experten fordern daher Reformen. […]
Arbeitslose finden weit weniger schnell als bisher angenommen über Zeitarbeit einen Job. Der sogenannte “Klebeeffekt” – die nahtlose Übernahme durch das Entleihunternehmen – liegt nach einer neuen Studie bei gerade einmal sieben Prozent. Er bleibe damit “in allen Branchen und über alle Gruppen deutlich unter den 30 Prozent”, die in der Öffentlichkeit häufig propagiert würden, heißt es in der Studie, die das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) im Auftrag der

Bertelsmann Stiftung erstellt hat und die der FTD vorliegt. “Die Hoffnung auf einen raschen Übergang in ein Arbeitsverhältnis außerhalb der Zeitarbeit geht nur selten in Erfüllung”, sagte die
zuständige Projektmanagerin Juliane Landmann. Erst langfristig gelinge es, über die Zeitarbeit eine Stelle zu finden. […]
Bisherige Studien hatten den Klebeeffekt auf mindestens 14 Prozent geschätzt. Die neue Studie untergräbt die großen Hoffnungen über den Nutzen der Zeitarbeit als Brücke in den Arbeitsmarkt – und befeuert die laufende Debatte zwischen Gewerkschaften und Parteien.
Quelle: FTD

***Anmerkung unseres Lesers J.A.:*** *Die “Hoffnung auf feste Jobs” haben höchstens PR-Spezialisten als feststehenden Begriff in die Welt gesetzt. Es war nie geplant, (im größeren Umfang) aus billigen Leiharbeitern teurere Festangestellte zu machen. Interessant aber, daß das RWI *Lohnerhöhungen* für Zeitarbeiter als eine Lösungsmöglichkeit ansieht. (Logisch, aber konträr zum sonstigen Allheilmittel Lohnsenkungen.)*

9. **Marktgesetze in der Medizin – “Ein großer Irrtum”**
   Die Gesetze des Marktes auf die Krankenversorgung anzuwenden war ein Fehler, sagt Medizinethiker Giovanni Maio. Er fordert von Ärzten, wieder den ganzen Menschen in den Blick zu nehmen.
   Quelle: Ärzte Zeitung
10. **Homeless families to be expelled from London by councils**
    Survey reveals councils acquiring properties across the UK for vulnerable families due to welfare cuts and high London rents…
    Guardian research shows London councils have acquired rental properties in Luton, Northampton, Broxbourne, Gravesend, Dartford, Slough, Windsor, Margate, Hastings, Epping Forest, Thurrock and Basildon, and are considering accommodation as far away as Manchester, Hull, Derby, Nottingham, Birmingham and Merthyr Tydfil in south Wales.
    Councils said the move was inevitable because there was virtually no suitable private rented temporary accommodation for larger families in London that was affordable within government-imposed housing benefit allowances, which are capped at £400 a week.
    Quelle: The Guardian

***Anmerkung unserer Leserin L.C.:*** *Mir war ganz übel nach der Lektüre, denn ich denke, hier lesen wir nur, was sich so oder ähnlich auch bald in Deutschlands*

*Großstädten abspielen wird. Ganz nach dem Motto "Eure Armut kotzt mich an", können die Reichen und Erfolgreichen in unseren auf Hochglanz polierten Innenstädten dann endlich unter sich sein.*

11. **Jugendgewalt – Zu schrecklich, um wahr zu sein**
    Manches sei, behauptet der Volksmund, zu schön, um wahr zu sein, aber an der Wahrheit des Schrecklichen wird nur selten gezweifelt. Geschieht ein furchtbares Verbrechen – wie jüngst in Berlin der brutale Mord an einem 20-Jährigen durch sechs junge Männer –, dann genügt es den Medien nicht, der Kundschaft die blutige Tat vor Augen zu führen, unvermeidlich wird es zusätzlich mit der Nachricht konfrontiert, die schreckliche Tat sei nur Ausdruck einer schrecklichen Lage, die Brutalität der jugendlichen Täter unwiderleglicher Beleg zunehmender Brutalität der Jugend, der die Justiz endlich mit härterem Durchgreifen begegnen müsse…
    Quelle: Frankfurter Rundschau
12. **Das andere Amerika – Querulanten, Quertreiber und Dissidenten**
    Spätestens seit der Occupy-Bewegung weiß man, dass neben Washington und Wallstreet, Evangelikalen und der Teaparty-Bewegung ein anderes Amerika existiert. Doch während sich die Zeltlager in amerikanischen Städten ausdünnen oder von der Polizei geräumt werden, kämpft das dissidente Amerika wie vordem weiter.
    Es sind Linke, Konservative, Bürger, Arbeiter und Intellektuelle, Krankenschwestern und Ex-Banker, die gegen die offizielle Politik der USA protestieren und mobil machen. Ihre Forderungen liegen oft auf einer Linie mit weit verbreiteten Ansichten der restlichen Bevölkerung. Sie streiten für eine gesetzliche Krankenversicherung, radikalen Klimaschutz oder die Einhaltung von internationalem Recht. Sie üben Druck aufs Kapitol aus und aufs Weiße Haus – ob mit oder ohne Barack Obama als Präsident. Das Feature besucht die Frauenaktivistengruppe Code Pink, die Radio-Macher von "Democracy Now!", den Dissidenten Noam Chomsky, friedensbewegte GIs und den einzigen sozialistischen Senator der USA Bernie Sanders.
    Quelle: SWR2 Feature
13. **Koalitionsgipfel**
    a. **Nach dem Gipfel ist vor dem Streit**
       Wer bisher noch Zweifel hatte, ob die Koalition wirklich so schlecht ist wie ihr Ruf, der ist jetzt bekehrt worden: Sie ist noch schlechter. Die Spitzen von Union und FDP brauchen eine ganze Nacht, um zu entscheiden, was längst hätte entschieden sein müssen. Der Gipfel sollte Handlungsfähigkeit demonstrieren und zeigte doch nur eines: das Scheitern dieser Regierung.
       Quelle: SZ
    b. **Ergebnis der Koalitionsgespräche insgesamt enttäuschend**

„Die längst überfällige Abschaffung der Praxisgebühr ist an sich erfreulich, hat aber einen bitteren Beigeschmack.“ Dies erklärte der Präsident der Volkssolidarität, Prof. Dr. Gunnar Winkler, am Montag zu den Ergebnissen der Koalitionsrunde vom Sonntag. „Wie bei einem Kuhhandel soll im Gegenzug nun doch ein Betreuungsgeld eingeführt werden.“ Alles in allem wertete der Präsident der Volkssolidarität die Ergebnisse des Koalitionsgipfels als enttäuschend und Ausdruck einer Schaufensterpolitik zur Bundestagswahl 2013. Unter dem Strich bleibe, dass für viele Eltern der Rechtsanspruch auf eine Betreuung in einer Kindereinrichtung zum 1. August 2013 nicht eingelöst wird, kritisierte Winkler. “In rund 130.000 Fällen wird daher das Prinzip der Wahlfreiheit nicht zur Geltung kommen. Die Mittel für das Betreuungsgeld wären besser in den Ausbau von Kindereinrichtungen und in die Ausbildung von Fachkräften investiert worden.” Als “besonders unsinnig” bezeichnete der Verbandspräsident die beabsichtigte Regelung, das Betreuungsgeld zusätzlich mit einer Option zu verbinden, die eine staatliche Förderung der privaten Altersvorsorge vorsieht. “Anstatt stärker die Kinderbetreuung zu fördern und damit auch die Möglichkeiten für Eltern, eigenes Geld zu verdienen und Ansprüche in der gesetzlichen Rente zu erwerben, setzt die Koalition auf einen fragwürdigen Ausbau der privaten Altersvorsorge, für den die Steuerzahler aufkommen müssen. Das ist ein sozialpolitischer Irrweg.”
Winkler kritisierte auch die Absprachen im Bereich der Alterssicherung. “Die an sich richtige Weiterführung der Rente nach Mindestentgeltpunkten für Niedrigverdiener wird mit so vielen Einschränkungen versehen, dass sie unter dem Strich für die von Altersarmut bedrohten Rentnerinnen und Rentner nicht viel bringen wird. Von einer ‘Lebensleistungsrente’ zu sprechen, die nur wenig über der zu niedrigen Grundsicherung liegen soll, ist geradezu ein Hohn. Das hat mit einer wirksamen Bekämpfung von Altersarmut nichts zu tun. Auch die Verbesserungen bei Kindererziehungszeiten und für pflegende Angehörige bleiben völlig offen. Offenbar hat die Haushaltskonsolidierung Vorrang vor armutsfesten Renten.”
Quelle: Volkssolidarität

c. **Der Kompass der Koalition**
Vor lauter Staunen über die grottenschlechte Arbeit der Regierung droht das Wichtigste aus dem Blick zu geraten: Die Beschlüsse aus der Nacht zum Montag folgen, genauer betrachtet, sehr wohl einem ideologischen Kompass. Der zeigt, versteckt hinter den vermeintlich bürgerfreundlichen “Wahlgeschenken”, in eine Richtung, die sich die “Beschenkten” eigentlich verbitten müssten: Der Weg dieser Regierung bringt uns der Privatisierung sozialer Risiken wieder ein Stück

näher. An zwei Stellen setzt Schwarz-Gelb fort, was Schröders Rot-Grüne mit Riester begonnen haben. Zweimal steckt in den Vereinbarungen eine zusätzliche Stärkung dessen, was beschönigend "private Altersvorsorge" genannt wird und in Wahrheit großenteils der politischen Förderung eben jener Finanzindustrie dient, der wir die gegenwärtige Krise Europas verdanken. Da ist zum einen das Betreuungsgeld. Es stellt nicht nur ein absurdes und teures Zugeständnis an die CSU dar. Es enthält auch die Regel, dass zusätzliches Steuergeld erhält, wer die Leistung zur "privaten Vorsorge" nutzt, also direkt an den Finanzmarkt weiterleitet. Noch schlimmer ist es bei dem, was die Koalitionäre in geradezu Orwellscher Marketingsprache "Lebensleistungsrente" nennen. Sie besteht, das wird mit Recht auch von der Opposition kritisiert, aus einem Almosen von zehn bis 15 Euro zusätzlich zum Existenzminimum. Aber es kommt ein kaum beachteter Aspekt hinzu: In den Bedingungen, um wenigstens dieses Almosen zu bekommen, stehen nicht nur 40 Jahre Beitragszahlung (für viele eine blanke Illusion angesichts immer zahlreicherer gebrochener Berufsbiografien). Es steht in diesen Bedingungen auch, dass "privat vorgesorgt" haben muss, wer die Zusatzrente erhalten will. Auf Deutsch: Diese Regierung zwingt die unterste Schicht der arbeitenden Bevölkerung, sich privat zu versichern von dem Geld, das diese Schicht nicht hat. Die Regierung denkt gar nicht daran, die Rente über ein reformiertes Beitrags- oder Steuersystem handlungsfähig zu halten. – Niemand sollte vor lauter Streit-Getöse vergessen, wofür diese Regierung steht.
Quelle: Berliner Zeitung

***Anmerkung Orlando Pascheit:*** *Der Berg kreißte und gebar die erwartbare Maus: Eine ideale Vorgabe für Kabarett und Opposition. Allerdings verweist Stephan Hebel zurecht darauf, dass die ideologische Ausrichtung – bis auf Abschaffung der Praxisgebür – in sich konsistent sei, "dass man froh sein kann, wenn diese Regierung zu zerstritten ist," diesem Kompass konsequenter zu folgen.*

14. **Die versteckten Kosten des Privatfernsehens**
Was haben Sie eigentlich letztes Jahr für das Privatfernsehen bezahlt?
Das sehen Sie gar nicht? Macht nichts, Sie zahlen dennoch…
8,3 Milliarden Euro erlösten die privaten Fernsehsender im Jahr 2006 mit Werbesendungen. Das Geld stammt letztlich aus den Geldbörsen derjenigen, welche die beworbenen Produkte kaufen. Vor allem bei neuen, „trendigen" Produkten übersteigt der im Verkaufspreis enthaltene Anteil für Werbung die Herstellungskosten oft um ein Vielfaches. Gutgläubige Rentner lassen sich ja manchmal auf Kaffeefahrten

überteuerte Produkte aufschwatzen – ihren coolen Enkeln zuhause vor der Glotze geschieht genau das Gleiche, nur öfter.
Die im Produktpreis steckenden Werbungskosten sind noch deutlich höher als das, was bei Sat.1 & Co ankommt: Die Werbespots selbst kosten Geld – oft mehr als die Sendungen, in die sie eingeblendet werden. Die vermittelnden Werbeagenturen wollen auch gut leben und lassen sich von beiden Seiten gern mal etwas zustecken, wie der ehemalige Sat.1-Geschäftsführer Roger Schawinski („Die TV-Falle“) ausgeplaudert hat. Doch bleiben wir der Einfachheit halber bei den 8,3 Milliarden Euro Werbungskosten und der Zielgruppe, die von der Werbung angesprochen werden soll: den 14- bis 49-jährigen. In dieser Altersgruppe gibt es etwa 40 Millionen Bundesbürger, die in 14 Millionen Haushalten leben. Auf jeden Haushalt entfallen also im Durchschnitt 593 Euro für Fernsehwerbung pro Jahr – fast das Dreifache der GEZ-Gebühr (204 Euro)…
Die teilweise ganz offensichtliche Ausrichtung der privaten Programme auf Arbeitslose und sozial Schwache legt zumindest den Verdacht nahe, dass diese Schichten auch den Löwenanteil an diesen Werbeeinnahmen tragen.
Quelle: Ralph Altmann

15. **Chodorkowski und der russische Kapitalismus**
Michail Chodorkowski sei den einen ein Genie, den anderen ein Wirtschaftskrimineller, schreibt die russische Journalistin Natalija Geworkjan am Anfang des Buches. Dessen Titel täuscht glücklicherweise. Michail Chodorkowskis politisches Bekenntnis ist keine moralisierende Läuterungsgeschichte. Stattdessen enthält es die beste Analyse der kapitalistischen Revolution in Russland, die bislang in deutscher Sprache erschienen ist. Zu verdanken ist das Natalija Geworkjan, die heute als Korrespondentin der Zeitung Kommersant in Paris arbeitet. Ihre Abschnitte machen fast zwei Drittel des Buches aus. Ausführlich zu Wort kommen mehr als 100 Zeitzeugen, die aus immer neuen Perspektiven den russischen Umbruch schildern. Zwar ist alles auf den Oligarchen Chodorkowski fokussiert, der der reichste Russe war, inzwischen aber seit fast zehn Jahren im Lager sitzt. Er tritt in diesem Buch kaum als Person auf, vielmehr ist er die Personifizierung der neuen russischen Kapitalistenklasse. Detailreich und spannend wie ein Thriller wird der Aufstieg geschildert. Chodorkowski steht für viele, für Abramowitsch, Beresowski, Potanin, Deripaska. Sie nutzten ein Jahrzehnt lang die Lücken in der russischen Gesetzlichkeit, um sich schamlos zu bereichern. Wie das funktioniert hat, wird natürlich nicht in allen, so doch vielen Einzelheiten geschildert.
Quelle: FR